

## NEWSLETTER ZUR PLENARWOCHE

Birgit Sippel

Mitglied des Europäischen Parlaments  
für Südwestfalen



### THEMEN DER PLENARWOCHE MONTAG, 22.10.2018 – DONNERSTAG, 25.10.2018

**Weniger Wegwerfplastik - Umwelt und Meere schützen / Richtlinie; Debatte am Montag, 22.10.2018, ab ca. 20 Uhr; Abstimmung Mittwoch, 24.10.2018, ab 12 Uhr**

Trinkhalme, Besteck, dünne Tüten - rund 70 Prozent des Abfalls an europäischen Stränden besteht laut Zahlen der EU-Kommission aus nur zehn Plastikprodukten sowie angespülten Fischnetzen. Um diesen Plastikabfall zu verringern, hat die Europäische Kommission im Mai 2018 verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, darunter Verbote von Strohalmen, Plastikbesteck und -tellern, Hinweise zur Entsorgung auf Verpackungen und Informationskampagnen. Auch sollen Hersteller zukünftig Kosten für Reinigungsaktionen tragen.

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments unterstützt die Initiative der EU-Kommission und hat weitere Maßnahmen und einige Klarstellungen gefordert. So sollen gemäß der neuen Richtlinie EU-Mitgliedstaaten Ziele formulieren, nach denen sie innerhalb von vier Jahren Produkte wie Lebensmittelverpackungen und Trinkbecher reduzieren sollen. Dabei geht es vor allem um „To Go“-Produkte, die oft an öffentlichen Plätzen oder in Parks verzehrt werden und häufig nicht ordentlich entsorgt werden. Widerstand gibt es auch gegen einige Regeln: Industrieverbände und die konservative EVP-Fraktion wehren sich gegen eine Verantwortung der Hersteller für den Plastikmüll – und haben diesen Punkt bei der Ausschussscheidung aus der Richtlinie gestimmt.

Die Verschmutzung der Umwelt und Gewässer mit Plastikabfällen ist aus Sicht von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine der derzeit größten Umweltprobleme. Auch sehr leichte Plastiktüten, die oft in der Umwelt landen, sollten mit einigen Ausnahmen verboten werden. Außerdem unterstützen wir neue Anforderungen für Einwegplastikflaschen. Ab 2025 sollen 90 Prozent der Flaschen recycelt werden. Neu verkaufte Flaschen sollen aus mindestens 35 Prozent recyceltem Material bestehen, um wertvolle Rohmaterialien nicht zu verschwenden.

**Ausblick:** Die Umweltministerinnen und Umweltminister werden sich voraussichtlich auf ihrer Sitzung am Donnerstag, 20. Dezember 2018, auf eine Position verständigen und dann die Trilog-Verhandlungen mit dem Parlament und der EU-Kommission starten.

## **Zugang zu Wasser für alle - erfolgreichste Bürgerinitiative umsetzen / Richtlinie; Debatte am Montag, 22.10.2018, ab 17 Uhr; Abstimmung am Dienstag, 23.10.2018, ab 13 Uhr**

Mehr als eine Million Menschen in der Europäischen Union haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die Weltgesundheitsorganisation hat zudem kürzlich neue Empfehlungen für Stoffe im Trinkwasser herausgegeben. Daraufhin hat die Kommission jetzt eine Überarbeitung der Trinkwasser-Richtlinie für die Europäische Union vorgeschlagen, die seit 1998 die Qualität europäischen Trinkwassers regelt - eine der wichtigsten europäischen Umwelt-Gesetzgebungen der EU. Zudem geht die Kommission mit der Überarbeitung auf die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative „Right2Water“ ein, in der fast 1,9 Millionen Bürgerinnen und Bürger, davon mehr als eine Million aus Deutschland, unter anderem gefordert hatten, den Zugang aller Menschen zu sauberem Trinkwasser in der EU zu gewährleisten. Zudem soll die erneuerte Richtlinie ermöglichen, Belastungen in Trinkwasserquellen frühzeitig zu erkennen und zu reduzieren, auch im Hinblick auf neue Bedrohungen wie Mikroplastik.

Konservative, Liberale und Rechte haben im Umweltausschuss erfolgreich dagegen gemauert, dass die europäischen Regierungen verpflichtet werden sollen, den Zugang aller Menschen zu Trinkwasser sicherzustellen. Der Berichterstatter der konservativen EVP, Michel Dantin, will den EU-Mitgliedstaaten freistellen, ob und wie sie tätig werden, und hat dafür im Ausschuss eine Mehrheit gefunden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen allen Menschen den Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglichen. Dies ist ein Menschenrecht, und darauf legen viele Bürgerinnen und Bürger wert, wie die Europäische Bürgerinitiative gezeigt hat. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die europäischen Regierungen verpflichtet werden, den Zugang aller Menschen zu Trinkwasser sicherzustellen. Für verpflichtende Maßnahmen haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Umweltausschuss leider keine Mehrheit gegen die Blockadehaltung der Konservativen und Liberalen finden können. Aus Sicht der Europa-SPD ist jedoch unter anderem notwendig, dass alle EU-Mitgliedstaaten öffentliche Trinkbrunnen einrichten. Außerdem sollen die Regierungen analysieren, welche Gruppen bisher keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben und Maßnahmen besonders für diese Gruppe ergreifen. Dies darf keine Frage der Kosten-Nutzen-Abwägung sein, wie es die Konservativen einordnen, denn die Staaten haben die Verantwortung, Menschenrechte in jedem Fall zu gewährleisten.

**Ausblick:** Nach der Abstimmung im Plenum wartet das Europäische Parlament auf eine möglichst schnelle Positionierung des Rates, damit die Verhandlungen noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden können.

## **Nachhaltige Mobilität - mehr Ladestationen und Wasserstoff-Tankstellen / Initiativbericht; Debatte Donnerstag, 25.10.2018, ab 9 Uhr, Abstimmung ab 12 Uhr**

Das Europäische Parlament hat Anfang Oktober 2018 neben CO<sub>2</sub>-Einsparungen bei Neufahrzeugen auch ehrgeizige Ziele für mehr Null- und Niedrigemissionsfahrzeuge beschlossen. Ein wichtiges Element für eine erfolgreiche Mobilitätswende ist zweifelsohne die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, darunter fallen Ladestationen für Elektroautos oder Wasserstofftankstellen. Die Europäische Kommission geht bislang eher zögerlich voran. Seit 2014 gibt es eine EU-Richtlinie zum Aufbau einer Infrastruktur für alternative Kraftstoffe. Darin wurden die EU-Mitgliedstaaten aber lediglich dazu verpflichtet, nationale Strategierahmen (NPF - National Policy Framework) für Mindestziele bei der Infrastrukturabdeckung auszuarbeiten. Die Analyse dieser Rahmenpläne hat gezeigt, dass diese nicht ambitioniert genug sind - europaweit mangelt es an der nötigen Ausstattung und damit einem Anreiz für Fahrerinnen und Fahrern, auf Elektromobilität umzusteigen. Der jetzt zur Abstimmung vorliegende Initiativbericht des Berichterstatters Ismail Ertug fordert eine zügige Überarbeitung der Richtlinie und mehr finanzielle Förderung des Infrastrukturaufbaus – insbesondere von Industrie, die direkt oder indirekt beteiligt werden sollte.

Bei den Verhandlungen des Initiativberichts hat sich eine Mehrheit im Verkehrsausschuss kompromissbereit gezeigt. Gleichwohl haben besonders die Konservativen einem verbindlichen und besser finanzierten Aufbau der Infrastruktur wiederholt Steine in den Weg gelegt. Im Widerspruch dazu steht deren Argumentation im Zuge der Diskussion über CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für leichte Nutzfahrzeuge: In diesem Zusammenhang

hatten die konservativen Kräfte noch die fehlende Infrastruktur beklagt und dies als großes Hindernis für ambitioniertere Grenzwerte ins Feld geführt.

Wir, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns von Anfang an klar positioniert und fordern verbindliche Infrastrukturziele für alle EU-Mitgliedsstaaten als Teil ihrer Strategie zur Transformation der Mobilität. Außerdem werden EU-Mittel von bis zu 2,5 Milliarden Euro als Hebeleffekt gefordert, um Unternehmen einen Anreiz für mehr Investitionen zu verleihen.

Weitere Informationen zu nachhaltiger Bewegung in Europa sind auf der Homepage der Europa-SPD zu finden.

**Ausblick:** Wird der Bericht vom Plenum verabschiedet, ist die EU-Kommission am Zug, Parlament und Rat schnellstmöglich einen legislativen Vorschlag zu unterbreiten und auf die Forderungen des Parlaments einzugehen.

### **Schengener Informationssystem - bessere Vernetzung von Polizei und Justiz / Drei Verordnungen; Debatte am Dienstag, 23.10.2018, ab 15 Uhr, Abstimmung am Mittwoch, 24.10.2018, ab 12 Uhr**

Das Schengener Informationssystem (SIS) ist die Plattform für den länderübergreifenden Informationsaustausch bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, in Strafsachen sowie der Grenzkontrolle. Es ist das am häufigsten verwendete System zum Informationsaustausch für Grenzmanagement und Sicherheit in Europa. Drei Verordnungen stehen am Mittwoch zur Abstimmung. Der Vorschlag für eine Überarbeitung des SIS im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen umfasst die Einführung neuer Ausschreibungskategorien, wie z.B. neue Unterkategorien vermisster Personen, und den erweiterten Zugang zum SIS für Europol und Justizbehörden. Zudem werden Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, Personen auszuschreiben, die mit terroristischen Straftaten in Verbindung stehen. In dem Vorschlag für eine Verordnung über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des SIS im Bereich der Grenzkontrollen werden Mitgliedstaaten verpflichtet, Einreiseverbote in das SIS einzugeben. Vor Eingabe einer neuen Ausschreibung muss jetzt geprüft werden, ob die Person bereits unter anderer Identität im SIS ausgeschrieben ist. Mit dem Vorschlag für eine Verordnung über die Nutzung des SIS für die Rückkehr Drittstaatsangehöriger werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, alle Rückkehrentscheidungen in das System einzugeben.

Das Europäische Parlament ist der Meinung, dass die Datenqualität der im SIS eingegebenen Informationen verbessert werden muss. In den Verhandlungen konnten Verbesserungen für die Integrität und Qualität der SIS-Daten erreicht werden: Lichtbilder, Gesichtsbilder, Fingerabdrücke und DNA-Profile werden nach neuen Regeln nur nach einer Qualitätsprüfung eingegeben, damit gewährleistet wird, dass Mindestqualitätsstandards eingehalten werden. Durchgesetzt wurde zudem, dass nationale Vorschriften für die Schulung der Endnutzer hinsichtlich der Grundsätze der Datenqualität und der Vorgehensweise festgelegt werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten konnten in den Verhandlungen durchsetzen, dass es eine verbesserte Ausschreibung von Vermissten gibt. Unbegleitete Kinder, die die Grenzen der Union überqueren, befinden sich in einer besonders gefährlichen Lage und können Opfer von Menschenhandel und verschiedenen Arten der Ausbeutung werden. Daher haben wir uns dafür eingesetzt neue Unterkategorien vermisster Personen einzuführen, in der diese Kinder ausdrücklich erwähnt werden. Auf sozialdemokratischen Druck wurden zudem die Datenschutzstandards verbessert. Der Europäische Datenschutzbeauftragte wird die Tätigkeiten der Organe und Einrichtungen der Union im Hinblick auf die Verarbeitung personenbezogener Daten überwachen. Zudem müssen Aufsichtsbehörden jetzt mit dem Europäischen Datenschutzbeauftragten bei der Überwachung des SIS zusammenarbeiten.

**Ausblick:** Bei erfolgreicher Abstimmung werden die Verordnungen 20 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft treten. Neue Funktionen des Systems werden jedoch erst gelten wenn Kommission und Mitgliedstaaten die notwendigen technischen Vorkehrungen getroffen haben.

## **Nachhaltig bewegen - Mehr emissionsarme Fahrzeuge im Nahverkehr Richtlinie / Debatte am Mittwoch, 24.10.2018, ab 15 Uhr, Abstimmung Donnerstag, 25.10.2018, ab 12 Uhr**

Fahrzeuge in öffentlicher Hand, wie Busse oder Baufahrzeuge, fahren oft ein Vielfaches im Vergleich zu Privatfahrzeugen. Öffentliche Betreiber wie Kommunen oder Ministerien sollten eine Vorreiter-Funktion für die Beschaffung von saubereren Straßenfahrzeugen einnehmen. Damit können sie auch innovativen Technologien zum Markthochlauf verhelfen. Die bisherig gültige Richtlinie von 2009 hat bisher jedoch nicht zu einer deutlich saubereren Beschaffungspolitik geführt, unter anderem weil saubere Straßenfahrzeuge nicht ausreichend definiert waren. Daher wird sie nun überarbeitet.

Der konservative Berichterstatter, Andrzej Grzyb von der EVP, hat in den meisten Punkten Kompromisse geschlossen und im Umweltausschuss eine Mehrheit bekommen. „Saubere und energieeffiziente Straßenfahrzeuge“ werden als solche definiert, die treibhausgasarme Antriebsarten nutzen (etwa Strom, Wasserstoff, Biogas und -treibstoff ohne Palmöl, Naturgas oder Hybridfahrzeuge) und höchstens 80 Prozent der gesetzlich vorgegebenen Luftschadstoffe auf der Straße ausstoßen. Sie werden in verschiedene Kategorien eingeteilt und müssen unterschiedliche Ziele erreichen, die im Zeitraum bis 2025 und von 2025 bis 2030 in ambitionierterer Form gelten. Dabei gibt es vor allem für Busse ehrgeizige Vorgaben für Nullemissionsfahrzeuge (Strom und Wasserstoff). Die Kommunen sollen außerdem von den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission verpflichtend bei der Umsetzung dieser Vorgaben unterstützt werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten finden uns in den geschlossenen Kompromissen wieder, die in den Bericht des Umweltausschusses eingegangen sind. Für uns war wichtig, dass auch Hybridfahrzeuge und nachgerüstete Fahrzeuge anerkannt werden und nicht am Ende die Kommunen die Mehrkosten tragen müssen, die sauberere Straßenfahrzeuge aktuell noch mit sich bringen. Wir wollen zudem auch Baumaschinen in den Anwendungsbereich einbeziehen.

**Ausblick:** Nach der Abstimmung im Plenum wartet das Europäische Parlament auf eine möglichst schnelle Positionierung des Rates, damit die Verhandlungen noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden können.

**Wenn Sie diesen Newsletter künftig nicht mehr erhalten möchten, bitte ich um eine Nachricht an mein Europabüro.**

### **Kontakt:**

Europabüro Birgit Sippel MdEP

Ulricherstraße 26 – 28

59494 Soest

Tel.: 02921/364738

Fax: 02921/15952

Mail: [europa@birgit-sippel.de](mailto:europa@birgit-sippel.de)

Internet: [www.birgitsippel.de](http://www.birgitsippel.de)

Facebook: [www.facebook.com/BirgitSippel](https://www.facebook.com/BirgitSippel)